



Frau Bundeskanzlerin

Ergebnisse aus der Meinungsforschung

Wochenbericht KW 32
12.08.2016

<i>forsa</i>	<i>Emnid</i>	<i>FG Wahlen</i>	<i>infratest dimap</i>
--------------	--------------	------------------	------------------------

Wähleranteile:	Union zwischen 36 % und 34 %, SPD bei 22 % bzw. 21 %
Politische Aufgaben:	Bildungspolitik am wichtigsten Gute Beurteilung der Bundesregierung bei vielen politischen Aufgaben
Wirtschaft:	Pessimistische Erwartungen überwiegen sowohl bei derzeitiger als auch bei langfristiger Wirtschaftsentwicklung
Weltpolitische Lage:	Sorge um den Weltfrieden wächst Lage in der Türkei wird als größte Bedrohung wahrgenommen
Wichtigstes Thema:	Politische Situation in der Türkei allgemein, Militärputsch

Wähleranteile

Angaben in Prozent

	forsa für RTL/stern	Emnid¹ für BamS	FG Wahlen² für ZDF
CDU/CSU	36 (+1)	34 (-)	35 (-)
SPD	21 (-2)	22 (-)	22 (-2)
FDP	5 (-1)	6 (-)	6 (+1)
DIE LINKE	10 (+1)	10 (-)	9 (+1)
B'90/Grüne	13 (+1)	12 (-)	13 (-)
AfD	9 (-)	11 (-)	11 (-)
Sonstige	6 (-)	5 (-)	4 (-)
Erhebungszeitraum	01.-05.08.	04.-10.08.	09.-11.08.

Die Union liegt bei forsa 15 (+3), bei FG Wahlen 13 (+2) und bei Emnid 12 (-) Prozentpunkte vor der SPD.

Kanzlerpräferenz

Angaben in Prozent

	forsa für RTL/stern
Merkel	45 (-1)
Gabriel	15 (-)
Erhebungszeitraum	01.-05.08.

Angela Merkel liegt bei der Kanzlerpräferenz 30 (-1) Prozentpunkte vor Sigmar Gabriel.

84 % (-1) der CDU-Anhänger präferieren Merkel und 5 % (+1) Gabriel. Von den CSU-Anhängern würden sich 70 % (+1) für Merkel und 8 % (+2) für Gabriel entscheiden.

41 % (-2) der SPD-Anhänger präferieren Gabriel und 33 % (-1) Merkel.

¹ Sperrfrist bis zur Veröffentlichung in der Bild am Sonntag (14.08.2016)

² im Vergleich zur KW 29

Problemlösungskompetenz

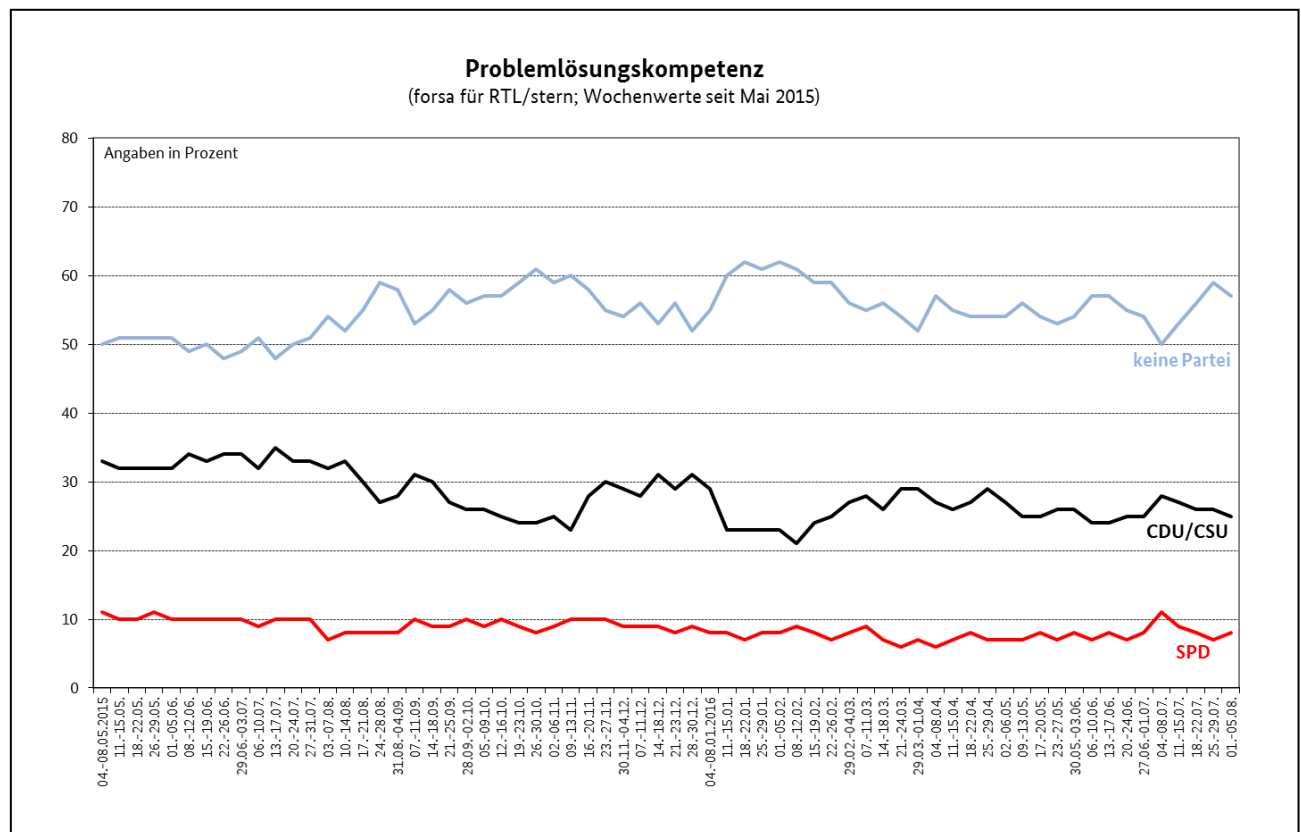
Angaben in Prozent

	forsa für RTL/stern	
CDU/CSU	25	(-1)
SPD	8	(+1)
sonstige Parteien	10	(+2)
keine Partei	57	(-2)
Erhebungszeitraum	01.-05.08.	

Bei der politischen Kompetenz, die gegenwärtigen Probleme in Deutschland zu lösen, liegt die Union 17 (-2) Prozentpunkte vor der SPD.

57 % (-2) trauen die Lösung der Probleme keiner Partei zu.

64 % (-1) der Unionsanhänger meinen, dass die eigene Partei mit den Problemen in Deutschland am besten fertig wird, bei den SPD-Anhängern sagen dies 34 % (+2) von ihrer Partei.



Wichtigkeit politischer Aufgaben im August 2016

Angaben in Prozent; Veränderungen in Klammern beziehen sich auf die Erhebung im Juli 2016

Emnid für BPA

politische Aufgaben	sehr wichtig	wichtig	weniger wichtig	unwichtig
für gute Bildungsmöglichkeiten sorgen	70 (+1)	28 (-1)	2 (+1)	0 (-1)
Altersversorgung langfristig sichern	64 (+2)	31 (-2)	3 (-)	1 (-)
für saubere Umwelt und Schutz des Klimas sorgen	62 (+4)	34 (-2)	3 (-1)	0 (-1)
innere Sicherheit gewährleisten	59 (+5)	36 (-2)	2 (-4)	1 (-)
für soziale Gerechtigkeit sorgen	58 (-1)	39 (+3)	2 (-2)	0 (-2)
Bedingungen für Familien mit Kindern verbessern	51 (-)	40 (+1)	7 (-)	1 (-1)
Steuerlast gerecht verteilen	50 (-2)	44 (+5)	4 (-1)	1 (-1)
Arbeitslosigkeit bekämpfen	48 (+2)	45 (-)	6 (-1)	1 (-)
Daten von Bürgern und Unternehmen besser schützen	48 (+4)	41 (-2)	9 (-1)	2 (-)
Zuwanderung von Ausländern regeln	48 (+5)	38 (-3)	9 (-1)	3 (-1)
Gesundheitswesen modernisieren	47 (+3)	43 (-2)	7 (-3)	1 (-)
für bezahlbare Strompreise sorgen	40 (+5)	46 (-4)	11 (-2)	2 (+1)
deutsche Interessen in der EU vertreten	35 (+3)	48 (-1)	11 (-4)	2 (-2)
für Preisstabilität sorgen	29 (+2)	58 (+7)	11 (-7)	1 (-1)
neue Technologien fördern	29 (-3)	52 (+3)	16 (+2)	1 (-2)
Staatsschulden begrenzen	29 (-)	51 (+3)	15 (-1)	2 (-4)
Energiewende zügig vorantreiben	27 (-1)	52 (+4)	17 (-1)	3 (-2)
Verbraucherschutz stärken	26 (-5)	60 (+8)	11 (-1)	2 (-1)
Rahmenbedingungen für Wirtschaftswachstum schaffen	25 (+1)	61 (+5)	10 (-5)	1 (-2)
deutsche Interessen im Ausland vertreten	25 (-1)	52 (+3)	18 (-1)	4 (-1)
Erhebungszeitraum	03.-09.08.2016			

Die Bildungspolitik ist für die Bundesbürger die wichtigste politische Aufgabe und wird von 30- bis 39-Jährigen (79 %), Ostdeutschen (75 %) sowie von Anhängern der Linkspartei (85 %) und der Grünen (80 %) als besonders prioritär angesehen. Frauen nennen diese Aufgabe häufiger als Männer (77 % zu 64 %) und Personen mit hoher formaler Bildung häufiger als Personen mit einfacher formaler Bildung (76 % zu 65 %). 40- bis 49-Jährige (65 %) sowie Anhänger der AfD (62 %) und der SPD (64 %) tun dies unterdurchschnittlich oft. Die langfristige Sicherung der Altersversorgung wird von 50- bis 59-Jährigen (73 %) sowie von Anhängern der AfD (72 %) und der SPD (69 %) überdurchschnittlich häufig als sehr wichtig angesehen. Personen mit einfacher formaler Bildung nennen diese Aufgabe häufiger als Personen mit hoher formaler Bildung (73 % zu 51 %). Unter 30-Jährige (56 %) und Anhänger der Linkspartei (52 %) tun dies unterdurchschnittlich oft. Der Umwelt- und Klimaschutz wird von 30- bis 39-Jährigen (73 %) sowie von Anhängern der Grünen (76 %), der Linkspartei (74 %) und der SPD (67 %) besonders häufig als sehr wichtig angesehen. Frauen nennen diese Aufgabe häufiger als Männer (67 % zu 57 %). Ostdeutsche (51 %) und 40- bis 49-Jährige (54 %) sowie Anhänger der AfD (36 %) tun dies unterdurchschnittlich oft.

Beurteilung der Arbeit der Bundesregierung in politischen Aufgabenbereichen August 2016

Angaben in Prozent; Veränderungen in Klammern beziehen sich auf die Erhebung im Juli 2016

Erhebung für BPA

politische Aufgaben	sehr/eher gut	eher/sehr schlecht
Rahmenbedingungen für Wirtschaftswachstum schaffen	69 (-1)	22 (+1)
neue Technologien fördern	66 (+4)	26 (-2)
deutsche Interessen in der EU vertreten	63 (-2)	32 (+2)
deutsche Interessen im Ausland vertreten	62 (-1)	32 (-)
für Preisstabilität sorgen	62 (+1)	33 (-1)
für gute Bildungsmöglichkeiten sorgen	61 (+4)	35 (-5)
Arbeitslosigkeit bekämpfen	60 (-1)	33 (-4)
innere Sicherheit gewährleisten	60 (-5)	36 (+6)
Staatsschulden begrenzen	59 (+4)	34 (-4)
für saubere Umwelt und Schutz des Klimas sorgen	58 (-2)	38 (-)
Verbraucherschutz stärken	56 (+4)	36 (-4)
Bedingungen für Familien mit Kindern verbessern	54 (+3)	40 (-4)
Energiewende zügig vorantreiben	51 (+2)	42 (-4)
Daten von Bürgern und Unternehmen besser schützen	51 (+3)	43 (-3)
Gesundheitswesen modernisieren	50 (+3)	43 (-5)
für bezahlbare Strompreise sorgen	44 (-3)	46 (-1)
für soziale Gerechtigkeit sorgen	43 (+2)	52 (-4)
Altersversorgung langfristig sichern	36 (+2)	59 (-3)
Steuerlast gerecht verteilen	33 (+4)	60 (-8)
Zuwanderung von Ausländern regeln	33 (-4)	62 (+2)
Erhebungszeitraum	03.-09.08.2016	

In 15 von 20 Politikfeldern bewertet mindestens die Hälfte der Bundesbürger die Arbeit der Bundesregierung als sehr bzw. eher gut. Die höchste Zustimmung erhält die Bundesregierung für die Wirtschaftspolitik (69 %).

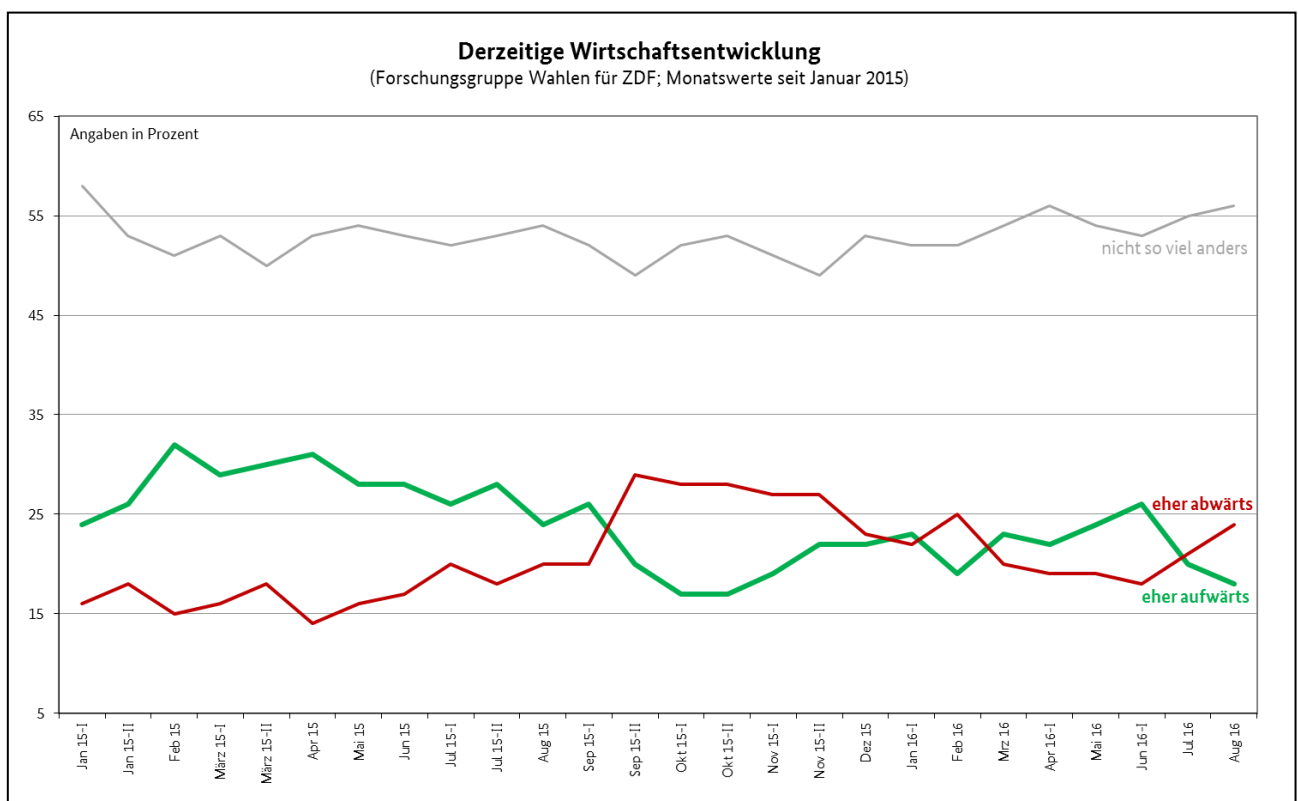
Derzeitige wirtschaftliche Entwicklung

Angaben in Prozent

	FG Wahlen für ZDF	
eher aufwärts	18 (-2)	
eher abwärts	24 (+3)	
nicht so viel anders	56 (+1)	
Erhebungszeitraum	09.-11.08.	

Die Einschätzung der derzeitigen wirtschaftlichen Entwicklung hat sich im Vergleich zur KW 29 verschlechtert.

Anhänger der AfD (46 %) sehen überdurchschnittlich häufig einen Abwärtstrend.



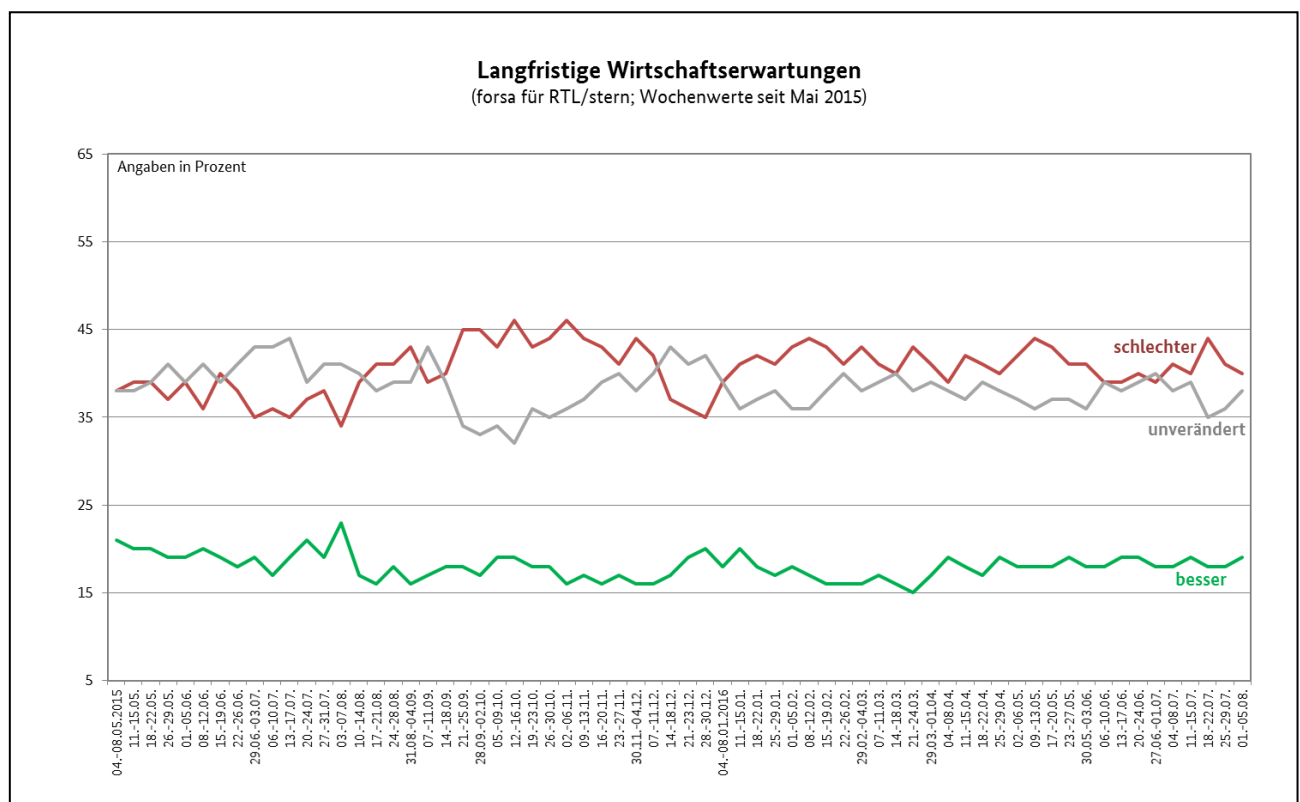
Langfristige Erwartungen für die Wirtschaft

Angaben in Prozent

	forsa für RTL/stern	
besser	19	(+1)
schlechter	40	(-1)
unverändert	38	(+2)
Erhebungszeitraum	01.-05.08.	

Die langfristigen Wirtschaftserwartungen haben sich im Vergleich zur Vorwoche leicht verbessert.

Der Anteil der Bevölkerung, der mit einer Verschlechterung der wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland in den kommenden Jahren rechnet, liegt um 21 (-2) Prozentpunkte höher als der Anteil, der von einer Verbesserung ausgeht.



Machen Sie sich Sorgen um den Weltfrieden?

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 29

	forsa für BPA
sehr große	15 (+2)
große	50 (+5)
wenig	28 (-4)
keine	6 (-3)
Erhebungszeitraum	01.-05.08.

Personen mit mittlerer formaler Bildung (70 %) sowie Anhänger der Linkspartei (77 %), der AfD (76 %) und der Grünen (74 %) machen sich überdurchschnittlich oft (sehr) große Sorgen um den Weltfrieden. Frauen machen sich häufiger (sehr) große Sorgen als Männer (75 % zu 55 %).

Anhänger der Union (41 %) machen sich überdurchschnittlich häufig weniger bzw. gar keine Sorgen.

Von welcher weltweiten Krise droht Deutschland aktuell die größte Gefahr?

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 29

	forsa für BPA
Türkei	24 (+21)
Islamischer Staat (IS)	17 (-1)
Krieg/Terrorismus allgemein	14 (+2)
Asylbewerber, Flüchtlinge	14 (+1)
Syrien	12 (+2)
Naher Osten, arabische Länder	9 (-)
Russland	8 (-3)
USA	7 (+3)
Religion, religiöse Krisen/Kriege allgemein	6 (+1)
Erhebungszeitraum	01.-05.08.

Nach Meinung der Bundesbürger droht von der Lage in der Türkei die größte Gefahr für Deutschland.

Anhänger der SPD (32 %) nennen die Lage in der Türkei überdurchschnittlich häufig als größte Gefahrenquelle für Deutschland. Geringverdiener (18 %), Ostdeutsche und unter 30-Jährige (jew. 19 %) tun dies unterdurchschnittlich oft.

Personen mit einfacher formaler Bildung und Anhänger der Grünen (jew. 22 %) sehen in der Terrorgruppe Islamischer Staat (IS) überdurchschnittlich häufig die größte Gefahrenquelle für Deutschland.

Rolle Deutschlands in der Weltpolitik

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 29

	forsa für BPA
sollte mehr Verantwortung übernehmen	30 (+2)
sollte weniger Verantwortung übernehmen	12 (+2)
Deutschland tut bereits genug	56 (-4)
Erhebungszeitraum	01.-05.08.

Unter 45-Jährige (38 %) und Personen mit hoher formaler Bildung (35 %) sowie Anhänger der Grünen (45 %), der Linkspartei (44 %) und der FDP (35 %) sind überdurchschnittlich oft der Meinung, dass Deutschland mehr Verantwortung in der Weltpolitik übernehmen sollte.

Hingegen sind Anhänger der AfD (35 %) überdurchschnittlich oft der Ansicht, dass Deutschland weniger Verantwortung übernehmen sollte.

Personen mit einfacher formaler Bildung (66 %), über 60-Jährige (65 %), Geringverdiener und Personen mit mittlerem Einkommen (jew. 61 %) sowie Anhänger der Union (64 %) meinen überdurchschnittlich häufig, dass Deutschland bereits genug tut.

Rolle Deutschlands in der EU

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 29

	forsa für BPA
nimmt zu viel Rücksicht auf andere EU-Mitgliedstaaten	44 (+5)
nimmt zu wenig Rücksicht auf andere EU-Mitgliedstaaten	16 (-1)
verhält sich alles in allem genau richtig	36 (-4)
Erhebungszeitraum	01.-05.08.

Personen mit einfacher formaler Bildung (54 %), Ostdeutsche (49 %) sowie Anhänger der AfD (69 %) sind überdurchschnittlich oft der Meinung, dass Deutschland zu viel Rücksicht auf die EU-Mitgliedstaaten nimmt.

Anhänger der Linkspartei (28 %) sind hingegen überdurchschnittlich oft der Meinung, dass Deutschland zu wenig Rücksicht auf die EU-Mitgliedstaaten nimmt.

Personen mit hoher formaler Bildung (41 %) sowie Anhänger der Grünen (49 %), der FDP (46 %) und der Union (43 %) finden das Verhalten Deutschlands überdurchschnittlich häufig genau richtig.

Wichtigste Themen

Angaben in Prozent

	infratest dimap für BPA
Politische Situation in der Türkei allgemein, Militärputsch	36 (-3)
Flüchtlingsströme/Europäische Einwanderungspolitik	30 (+3)
Terroranschläge/Anschläge in Würzburg, München und Ansbach	19 (-19)
Olympische Spiele	8 (+6)
Ausländer in Deutschland, Zuwanderungs-, Asylpolitik	7 (+2)
Präsidentschaftswahl in den USA/Vorwahlen	6 (+2)
Erhebungszeitraum	08.-09.08.

Die Bundesbürger beschäftigen sich in dieser Woche am meisten mit der allgemeinen politischen Situation in der Türkei bzw. dem Militärputsch.

Überdurchschnittlich häufig sehen Personen mit hoher formaler Bildung (42 %) sowie Anhänger der Grünen (57 %), der FDP (53 %), der Union (44 %) und der Linkspartei (42 %) dieses Thema als das wichtigste der Woche. Über 65-Jährige nennen das Thema häufiger als unter 35-Jährige (44 % zu 30 %), Gutverdiener häufiger als Geringverdiener (43 % zu 29 %) und Männer häufiger als Frauen (41 % zu 31 %).

Über 65-Jährige (37 %) sowie Anhänger der AfD (57 %), der Linkspartei (39 %) und der FDP (35 %) nennen die Flüchtlingsströme bzw. die europäische Einwanderungspolitik besonders häufig. 35- bis 49-Jährige (24 %) beschäftigen sich unterdurchschnittlich oft damit.

